

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation:

Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz, Geschäftsstelle c/o ARNAL AG,
Kasernenstr. 39A, 9100 Herisau

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	1
Allgemeine Fragen.....	2
Kernenergiegesetz.....	3
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz	3
Energieeffizienz	4
Gebäude	4
Mobilität.....	5
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft	5
Industrie und Dienstleistungen	6
Erneuerbare Energien	6
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht.....	8
Einspeisevergütungssystem	8
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen	9
Netzzuschlag.....	10
Fossile Kraftwerke	10
Netze	11

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich sind wir mit der Tatsache, dass der BR eine Energiestrategie 2050 formuliert sehr zufrieden. Diese 1. Frage aber mit einem klaren Ja oder Nein zu beantworten ist schwierig, ist doch die Vorlage und natürlich die ganze Materie viel zu komplex und vielschichtig.

Die Vorlage überzeugt grundsätzlich bezüglich Stossrichtung und der Vielfalt der vorgeschlagenen Massnahmen.

Wir orten aber u.a. folgende Mängel: (s. am Schluss, weitere wichtige Feststellungen)

- Der Thematik "Energie sparen" durch Verhaltensweisen, nicht bloss Massnahmen für Effizienzsteigerungen im Bereich Gebäude und Geräte, wird viel zu wenig Rechnung getragen.
- es fehlt die sofortige Einführung einer Energie-, allenfalls Stromlenkungsabgabe
- Der einseitige Fokus auf einen verstärkten Ausbau der ohnehin sehr stark genutzten Wasserkraft bei gleichzeitiger extremer Vernachlässigung anderer Energieformen (Photovoltaik, Geothermie) ist nicht zielführend
- Deutlichere Förderung von Geothermie
- Die Biodiversitätsstrategie des BR wird mit keinem Wort erwähnt
- Wir vermissen grundsätzlich eine Einordnung der Energiestrategie und –politik in die Bundesverfassung (Art. 2 Abs. 2 und 4 BV). Der Versuch, über eine Energiestrategie ein Primat zugunsten einer einzelnen Bundespolitik einzuführen, steht u.E. klar im Widerspruch zum BV-Auftrag, die gemeinsame Wohlfahrt und die nachhaltige Entwicklung zu fördern bzw. für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu sorgen.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich sind wir mit einem etappierten Vorgehen einverstanden, wir erwarten aber z.T. andere Priorisierungen u. andere Zielhorizonte:

- s. oben unter 1. u. am Schluss, Sparmassnahmen, zwingend in der ersten Etappe
- auch die Frage der Energieabgabe / Energiesteuer sollte, als letztlich bestes Anreizsystem für alle, unverzüglich an die Hand genommen werden (vgl. Pkt. 1.5 im Bericht)

- die Verschiebung von grossen Wirkungen auf ferne Zeithorizonte ist nicht nachvollziehbar. Spätestens mit der Ausserbetriebnahme des letzten AKW sollten auch die Wirkungen in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz voll zur Geltung kommen. Deswegen ist ein Gesamtzeithorizont bis 2035 angebracht, durchaus im Sinne eines Weiterdenkens bis 2050.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Quantitative Ziele in einem Gesetz festzulegen ist zwar sicher sehr problematisch. Was passiert wenn sie nicht erreicht werden.

Andererseits sind die Ziele so verbindlicher formuliert und auch zu verfolgen als mit blossen Absichtserklärungen.

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

- ☐ Variante 1 (CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1)
☐ Variante 2 (CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2)
☐ Keine der beiden Varianten
☒ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?

Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quiquies} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?
CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

So wie die Planung vorgesehen ist, u.a. Eingriff in die Planungshoheit der Kantone, sind wir nicht einverstanden.

Wird trotzdem eine Planung stipuliert, was grundsätzlich zu begrüßen ist, hat diese im Richtplan der Kantone zu erfolgen.

Im Weiteren ist bei allen diesbezüglich vorgeschlagenen Planungen auf eine einseitige und unverhältnismässige Förderung einzelner Energieträger zu verzichten ohne dass nicht zwingend immer auch die Schutzinteressen, z.B. Anliegen von Natur- und Landschaftsschutz,

Gewässerschutz, usw. berücksichtigt werden. (Solche Planungen widersprechen ansonsten auch BV Art. 5 Abs. 2 (Verhältnismässigkeitsprinzip.)

Zu einer allfälligen Planung gehört zwingend zumindest auch eine nationale "Potenzialplanung" für Geothermie, da sich nicht alle Gebiete der Schweiz gleich gut dafür eignen. Zumindest das Potenzial der Geothermie wird von weiten Kreisen als sehr gross eingeschätzt.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, aber wir wollen keine einseitigen "Nutzungsplanungen" sondern nur die Erarbeitung solcher unter Berücksichtigung von Schutzinteressen, vgl. Bem. Frage 15.

Ansonsten laufen wir Gefahr, dass beispielsweise im Bereich Wasserkraft unnötigerweise die letzten Bäche zubetoniert würden.

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesse statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich lehnen wir die Artikel 14 und 15 des Gesetzesentwurfes ab, da heute - wie an unzähligen Beispielen erkennbar - Natur- und Landschaft unter massivem Druck stehen. Falls aber aufgrund der grossen globalen Bedeutung der Problematik "Energiebereitstellung, Energieübertragung u. Energieverbrauch" solchen Anlagen "nationales Interesse" zugeschrieben wird, müssen wir das akzeptieren, jedoch nicht in der vorgeschlagenen Art und Weise.

Die Formulierungen in Art. 14 u. 15 sowie jene in den Erläuterungen sind inakzeptabel! Speziell störend ist die Formulierung "Anlagen oder Anlagegruppen zur Nutzung erneuerbarer Energien sind ab einer bestimmten Grösse und Bedeutung von einem nationalen Interesse, das gleich- oder höherwertig" ist. Mit dem Begriff "höherwertig" wird eine Interessen- und Güterabwägung bereits auf Gesetzesstufe ausgeschlossen, resp. vorweggenommen! Diese Vorwegnahme der Güterabwägung widerspricht u.E. auch der BV (s. Art. 2 Abs. 2 und 4 BV). Völlig unsinnig ist schliesslich Art. 15, der es dem Bund ermöglicht, selbst kleine und unbedeutende Anlagen als von nationaler Bedeutung zu bezeichnen. Damit

wird die Einschränkung für Anlagen ab einer bestimmten Grösse und Bedeutung in Art. 14 Abs. 2 gleich wieder ausgehebelt! Dieser Artikel soll daher auf jeden Fall ganz weggelassen werden.

Äusserst störend aus Sicht von Natur u. Landschaft ist auch der Umstand, dass mit dem Begriff "national bedeutend" seitens von N+L bei der Güterabwägung viele schutzwürdige Gebiete wegfallen, welche nicht in einem nationalen Inventar nach NHG sind. Dies können beispielsweise sein: Vogelschutzgebiete, Prioritätsgebiete von Fledermäusen, Pflanzenschutzgebiete, usw. Auch dafür muss eine Lösung gefunden werden.

Die formulierte Strategie steht im Übrigen auch völlig im Widerspruch zu der kürzlich vom BR verabschiedeten "Strategie Biodiversität Schweiz". Sie steht aber auch diametral dem mehrfach in Volksabstimmungen geäusserten Bedürfnis nach einer intakten Natur und Landschaft entgegen!

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Einmalvergütung
☐ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

24. Sind Sie damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

.....
.....
.....

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Weitere wichtige Feststellungen, welche nicht direkt zu einer Frage passen:

- Der Thematik "Energie sparen" (nicht nur im Gebäudebereich u. nicht bloss Massnahmen zu Effizienzsteigerungen) mit einem riesigen Potenzial, wird konkret viel zu wenig Rechnung getragen. Dies betrifft aus unserer Sicht Verhaltensweisen in Haushalten genauso wie in Industrie- u. Gewerbebetrieben. Beispielsweise:

- laufen Waschmaschinen und Tumbler (Haushalte, Hotellerie) z.T. generell unnötig, viel zu häufig halbleer, usw.
- brennen Lichter z.T. 18 od. gar 24 Std., wo es nur während 8 Std. nötig wäre
- werden Räume im Sommer gekühlt (z.B. Läden, Restaurants, usw.) wo es völlig unnötig, ja gar gesundheitsschädigend ist.

- laufen Mio. von Geräten im Standby-Modus ohne jeglichen Nutzen

Diese Liste liesse sich beliebig fortsetzen und für fast jedes Beispiel existieren Studien welche belegen, dass allein mit der Behebung dieser unbedachten Verhaltensweisen gesamthaft mindestens ein AKW eingespart werden könnte.

Wir erwarten bezüglich der Behebung dieser Umstände, neben den im Bericht aufgezeigten Anreizstrategien und Massnahmen für Effizienzsteigerungen auf Systemebene, noch deutlich mehr Öffentlichkeitsarbeit oder gar gesetzliche Grundlagen (z.B. hohe Energiesteuer, Verbote, usw.) welche Verhaltensweisen betreffen

- Es fehlt die sofortige Einführung einer Stromlenkungsabgabe.
Heute wird mindestens ein Drittel des in der Schweiz verbrauchten Stroms verschwendet (s. oben). Es ist also besonders wichtig, sofort eine lenkende Abgabe einzuführen. Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund auf Phase 2 und die dabei versprochene ökologische Steuerreform und deren Lenkungswirkung zu warten. Die Energie- od. Stromlenkungsabgabe ist ein Anreiz für Haushalte und Wirtschaft, Effizienzmassnahmen umzusetzen. Sie ist zur Ausschöpfung der Effizienzpotenziale die kostengünstigste und, wenn hoch genug, auch die effektivste Massnahme. Später kann eine allfällige Stromlenkungsabgabe problemlos in eine Energielenkungsabgabe oder eine ökologische Steuerreform überführt werden.
- Die Geothermie mit ihrem nachgewiesenen riesigen Potenzial ist noch aktiver zu fördern
Dies z.B. mit einer nat. Studie betr. Potenzialgebiete. Vgl. auch Art. 11 EnG "gemeinsame Planung für Wind- u. Wasserkraftanlagen.
- Die Biodiversitätsstrategie des BR gehört ebenfalls in diesen erläuternden Bericht
Die kürzlich, ebenfalls vom BR, erlassene Strategie Biodiversität Schweiz wird mit keinem Wort erwähnt. Dies ist insofern inakzeptabel als dadurch nirgends eine Interessenabwägung mit den dort postulierten Forderungen gemacht werden muss.
Die SBS muss zumindest in Pkt. 4 des erl. Berichtes kurz abgehandelt und damit eine gute Koordination mit dieser gesichert werden. Im Speziellen müssen die jeweiligen Einflüsse von Energieanlagen auf N+L analysiert und aufgezeigt werden. Die SBS behandelt übrigens "erneuerbare Energien" in Kap. 7.1.7.
- Keine weiteren ortsfesten elektrischen Widerstandsheizungen.
Es sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit keine neuen elektrischen Widerstandsheizungen installiert und alle bestehenden bis spätestens 2025 durch effizientere Heizsysteme ersetzt werden.
- Andere Raumansprüche/Verfassungsansprüche gleichgewichten
Es ist davor zu warnen, die natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen, die für das Überleben auch des Homo sapiens insgesamt aber auch für andere Wirtschaftszweige wie z.B. die Landwirtschaft und Tourismus fundamental sind, nur noch als Produktionsfaktor für die Energiewirtschaft zu betrachten.